

Wirtschaftliche Rundschau.

Die deutsche Konkurrenz.

In den letzten Wochen werden auffallend viel Meldungen über die Vergebung von ausländischen Aufträgen an deutsche Industrieunternehmen verbreitet, so daß es heute in weiten Kreisen das deutsche Volk die Ansicht vorherrscht, als sei der deutsche Unternehmer schon wieder Herr seiner früheren Möglichkeiten und deutsche Erzeugnisse am Weltmarkt. Das eine ist so falsch wie das andere, alle Meldungen von einer Art der Vergebung des deutschen Produktion auf dem Weltmarkt sind absichtlich übertrieben und verfolgen ganz bestimmte Ziele, die sich schon heute klar erkennen lassen. Einmal sollen die ausländischen Industrieunternehmen — die auch in letzter Zeit wieder nennlich auf ausländische Aufträge in die deutsche übernommen — ihren eigenen Volksgenossen systematisch und absichtlich die sogenannte „deutsche Gefahr“ im Gemüte führen, denn aber wollen sie nach bestimmtem Vorbild der Kriegszeit im deutschen Volk die Stimmung hervorzurufen, als gäbe es bei der ausländischen Konkurrenz reichlich ausgetasteten deutschen Wirtschaftsländern, so daß es ihr außerordentlich leicht sei, Lohn- und Gehaltswünsche und sonstige Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Mit anderen Worten will man also durch die Veräußerung wirtschaftlichen Wohlstandes den Boden für Auseinandersetzungen zwischen dem deutschen Unternehmer und seinen Arbeitern vorbereiten und aus dem dadurch entstehenden Produktionsrückgang den Nutzen zu ziehen. Wir sehen also, daß wir es hier mit einem ganz gefährlichen Kampfmittel zu tun haben, das die Siegerkriegen in dem vorausgesetzten und jetzt mit aller Bestimmtheit tobenden sogenannten „Kriege nach dem Kriege“, dem Wirtschaftskrieg, anwendet.

Leidenschaftlich ist es aber um die „deutsche Gefahr“, die deutsche Konkurrenz, zur Welt ganz anders bestellt. Bekanntlich herrschen in allen Industriestaaten sehr ernste Wirtschaftskrisen, die eine Folge des Krieges sind. Überall haben die Hauptindustrien ihre Betriebe erweitert, sich ganz an allerhöchsten Verbrauch eingestellt, Staaten, die früher so gut wie keine Industrie besaßen, haben sich während des Krieges großartig Anlagen eingerichtet, die sie natürlich nicht stilllegen wollen, sondern weiter ausbauen, um sich von ausländischer Konkurrenz zu befreien. Auf der anderen Seite ist die Nachfrage aller Völker erheblich zurückgegangen, so daß die Nachfrage und der Bedarf weit unter der Friedensnorm liegen. Weiter hat der Krieg nicht nur territoriale Veränderungen im Gefolge gehabt, also die Uebertragung wertvoller Industriebetriebe von einem Staat auf den anderen, er hat auch zu der Ausschließung ganz bedeutender Verbrauchsgegenstände geführt, die heute gegenüber dem Frieden gar nicht mehr für den Absatz in Frage kommen. Kurz, die Produktionsmöglichkeiten sind in fast allen Staaten — nur nicht in Deutschland — erhöht, dagegen ist der Verbrauch überall, auch bei den Siegern, in geringem Maße zurückgegangen. Doch unter diesen Umständen ein Staat wie England, der über eine bedeutende Industrie verfügt, überall auf Absatzschwierigkeiten stößt, ist nicht weiter verwunderlich, ebenso wenig wie sein Versuch, alle vorhandenen Konkurrenzrenten nach Möglichkeit an die Hand zu drücken. Gerade England ist es aber auch, das wenig einwandfreie Mittel anwendet und noch immer auf die im Ausland nicht geschulderte, viel noch sogar noch gefährliche Kriegszuschüsse spekuliert. So ist es jetzt Deutschland, das die große Gefahr für alle Industriestaaten bildet, das überall die besten Chancen wegschnappt und die höchsten Gewinne einstreicht.

Die Engländer wissen sehr gut, wie es um die deutsche Konkurrenz bestellt ist. Aus demselben Grund können sie natürlich nicht sagen, daß ihnen der deutsche Export noch am wenigsten Abbruch tut. Sie müssen aus politischen Gründen gerade auf jeden Staat Rücksicht nehmen, der ihnen tatsächlich heute überall in den Weg tritt, nämlich Frankreich. Lassen wir nur einige Zahlen sprechen, die am besten zeigen, wie unschädlich die deutsche Konkurrenz gemacht worden ist. Da haben wir zum Beispiel die Eisenindustrie, der es in allen Staaten nicht besonders gut geht. Vor dem Kriege war allerdings Deutschland der europäische Staat, der die höchste Menge an Eisen und Stahl ausführte. Es exportierte mit 617,8 Millionen Tonnen an der Spitze, während zum Beispiel Frankreich nur 61,8 Millionen Tonnen im Jahre auf dem Weltmarkt unterbreitete. Anzwischen hat sich aber doch manches verändert. Das Sachverhalte und Oberstufen sind vorläufig unterem Einfluß entzogen worden, wir haben 74,5 Prozent unserer gesamten Eisenwerke verloren und 25,9 Prozent unserer Kohlenwerke. Der gesamte Export war Frankreich, das gegenüber dem Frieden seine Eisenausfuhr auf 257,1 Millionen Tonnen vermindern konnte, während Deutschland mit 92,8 Millionen Tonnen nur noch ein Fünftel der Friedensmenge ausführt. Mit den Kohlen liegt es ebenso. England behauptet, Deutschland nehme ihm sehr Abbruch, während es selbst in Deutschland ganz unerhörte Mengen absetzt, die Ruhr- und obersteleischen Becken dagegen über riesige unterirdische Kohlenbestände verfügen und eine enorm hohe Zahl von Pufferschichten verfügen müssen. Wäre Deutschland wirklich ein ernster Konkurrent, dann würden unsere Gruben nicht ein Lamm auf den Halben liegen haben. Auch hier ist Frankreichs Wettbewerb der schärfere. Erst kürzlich ging durch die Presse eine Meldung, daß die französischen Eisenbahnen, die bisher englische Kohle verfeuerten, nunmehr bei-

weiliche Brennstoffe (alle deutsche Reparationskohle) verfeuern. Wenn den Engländern hier ein Abbruch und darüber hinaus noch ander verloren gehen, dann mögen sie sich gefälligst mit ihren Bundesgenossen auseinandersetzen, denen Deutschland tributpflichtig ist, die aber die Kohle, seien es Kohlen- oder Industrieerzeugnisse, benutzen, um der englischen Industrie Konkurrenz zu bereiten. Man unterlasse den Versaillesvertrag nur einer gründlichen Revision und lasse die Sachleistungen fallen, dann kommt der internationale Wettbewerb schon von selbst in andere Bahnen. Würde man denn weiter auf deutsche Forderungen verzichten und die eigenen Einnahmen noch an die Rüstungsindustrie abgeben, dann hätten wir in absehbarer Zeit in allen Staaten eine fähigere Erleichterung.

Die im Augenblick für uns größere Gefahr besteht aber darin, daß die Propaganda von der deutschen Konkurrenz unsere eigene Witterung zu beeinflussen imstande ist. Von sozialdemokratischer gewerkschaftlicher Seite wird bereits seit langem behauptet, daß die verlängerte Arbeitszeit einzig und allein die Arbeitslosigkeit im Ausland fördert, obwohl, wie oben nachgewiesen, ganz anders Merkmale den ausländischen Arbeiter betreffen. So ist man jetzt auch schon auf breiter Front zum Kampf um die Wiedereinführung des Achtstundentages übergegangen, ein Verfahren, das die Wiedereinführung Metallindustrie z. B. wochenlang stillgelegt und für jede Zufuhr unfähig gemacht hat. Das ist schließlich noch das kleinere Übel gegenüber der auch treiben Beschneidung der Arbeitszeit um zwei Stunden, wodurch automatisch die Produktion verringert und, wenn die Ueberstunden bezahlt werden müssen, verteuert wird. Erst vor kurzen stellte ein holländisches Blatt fest, daß man von einer deutschen Konkurrenz „ernstlich nicht sprechen könne, da der deutsche Industrielle heute noch immer so frei produziert und infolgedessen seine Waren nicht absetzen kann. Einen besseren Beweis unseres Schwachen Absicht im Ausland als die Passivität unserer Handelsbilanz des Vorjahres mit 2,7 Milliarden und der ersten beiden Monate dieses Jahres mit rund einer Goldmilliarde gibt es wohl nicht. Es ist nicht möglich, die vor der Wiedereinführung des schematischen Achtstundentages warnen. Weder England, noch Frankreich, noch Belgien, noch irgendein anderer Industriestaat haben es bisher unternommen, ihre Witterung zu ändern, die Rahmen der achtstündigen Arbeitszeit zu ändern. Sie werden es auch nie unternehmen, nachdem sie wissen, daß die deutsche Produktion und die deutsche Währung darüber beruhen. Aber gerade das strebt das Ausland für uns auf neue Wege. Über die Fortsetzung des deutschen Wohlstands (man denke an die letzten 77,7 Milliarden Dollar, heute nur noch 85,7 Milliarden), die den Arbeiter zum Bruch des Wirtschaftsfriedens und zur Verhinderung von Erschütterungen verlocken soll, aus denen lediglich die ausländische Konkurrenz profitiert. Unsere Stellung unter den Industriestaaten Europas, die man niemals tief unten zu suchen hat und die mit einer „deutschen Gefahr“ nichts gemein hat, verlangt von selbst Anspannung aller Kräfte, um wenigstens eine Situation zu schaffen, die vorerst einmal jede Passivität der Handelsbilanz ausschließt, kann aber doch auf Ausfuhrüberschüsse hinauszielt. Erst in diesem Augenblick dürfte es sich als Ausland angebracht erscheinen, über die deutsche Konkurrenz Klage zu führen, aber auch dann nur, wenn der deutsche Warenexport sich trotz der gewaltigen verminderten Produktionsbasis des Fortschrittsleistungen nähert. Und dieses Ziel muß in eigenem Interesse erreicht werden. Das mag der deutsche Arbeiter bedenken.

Die Krise im Kohlenbergbau.

Nicht nur aus wirtschaftspolitischer, sondern auch aus sozialen und daher politischen Gründen ist die Krise, die den Kohlenbergbau heimsucht, nicht bloß eine Angelegenheit für Fachleute. Nun hat der Ruhrkohlenbau bekanntlich schon seit Wochen sehr betrübliche Stilllegungen und Entlassungen vorgenommen, die Klage über volle Halben und Abschmangel sich nicht verstümmen. Im deutsch-schlesischen Bergbau haben sich die Verhältnisse durch den deutsch-polnischen Holzkrieg gebessert, aber man wird diese Besserung für vorübergehend und jedenfalls nicht für ein gesundes wirtschaftliches Ereignis halten müssen. Die ginstigsten Halbenbestände würden nun dem Laien den Gedanken eingeben, daß eine Kohlenpreiserhöhung vielleicht den Absatz belebe. Die Kohlenbesitzer haben aber eine Verabredung der Preise nicht vorgenommen, weil sie die jetzt schon vorhandenen Verluste der Rechen noch vermehren und angefallen des Beschäftigungsrückganges in der verarbeitenden Industrie auch keinen besonderen Anreiz zu erhöhter Nachfrage bieten würde. Derartige Argumente werden übrigens nicht nur von Seiten der Arbeiter, sondern auch von den Kohlenarbeitern selbst angeführt. Die Kohlenarbeiter erklären, daß weder eine erhöhte Arbeitsleistung denkbar, noch eine Verringerung des Lohnanteils der Leistungslosten zweckmäßig wäre. Biese also die Gewinnrate; und hier erklären wieder Fachleute, daß eine Verabredung dieses Preisanteils gar nicht mehr möglich sei. Wenn aber nun doch Verluste eintreten, die Halben trotz Entlassungen überfüllt bleiben, dann muß man sich fragen, ob nicht wenigstens der Versuch einer Kohlenpreiserhöhung zur Beseitigung der Halbenbestände gemacht werden müsse. Dies würde nach den oben angeführten Argumenten notwendigerweise zu geschäftlichen Verlusten führen; vielleicht aber nicht in höhe-

ren als es die Halbenverluste an den Halbenbeständen sind. Die Abhängigkeit des deutschen Kohlenpreises von dem wesentlichen Konkurrenzland England und auf der anderen Seite die Brennstoff (sowohl technischen Feuerungen des Hauptverbrauches werden gleichfalls von Arbeitgebern wie Arbeitnehmerseite als Argument gegen eine autonome deutsche Preisgestaltung angeführt. Nun ist es aber ein wirtschaftliches Gesetz und eine Folge der geschäftlichen Praxis, daß in Krisenzeiten ein Kaufmann auch mit Verlust verkaufen muß, um fähig zu werden. Und wenn die technischen Fortschritte den Kohlenverbrauch verringern, so muß man sich eben auch auf diese Entwicklung einstellen. Die Gefahren übersteht natürlich niemand, der ein wenig über dieses Problem nachdenkt. Aber die Reiten der Inflation und die Preismonopolisierung haben ein schematisches Denken in diese Verhältnisse hineingebracht, und die Entwicklung der Wirtschaft ist eben nicht schematisch. Wird nicht durch eine schismatische und weniger diskutierte Preispolitik den veränderten Verhältnissen Rechnung getragen, dann hat man die Wahl, entweder unseren Kohlenbergbau für zu ausgebeutet zu halten oder eine Rückkehr zur freien Konkurrenz der Rechen zu empfehlen. Die Schwierigkeiten sind immer wieder dieselben: wirtschaftliche und soziale. Aber man muß eben das praktikable Mittel finden, um sie zu verringern. Vielleicht kann auch der reine Kohlenhandel zur Herabsetzung der Preise von sich aus beitragen.

Zur Frage der Luxussteuer.

Der Beschluß des Steueraususses des Reichstages, nach welchem die Luxussteuer nicht beseitigt, sondern dem Reichsfinanzministerium überlassen werden soll, ob es für einzelne Industriezweige die Luxussteuer herabsetzen oder beseitigen und dafür andere, bisher steuerfreie Industrien dieser Steuer unterwerfen soll, hat gerade auch in Kreisen der schlesischen Industrie das lebhafteste Bestreben erregt, da den Interessen der Industrie nur mit einer völligen Abschaffung der Luxussteuer genügt werden kann. Die Industrie hat in allen ihren Organisationen sich ausnahmslos auf diesen Standpunkt gestellt, und die Regierung sowohl, wie die Reichstagsverwaltung, mit Material ausreißend versehen, daß die Luxussteuer auf Industrieerzeugnisse lediglich eine Besteuerung der Qualitätsarbeit ist und schwere Absatzstörungen, zum Teil sogar Arbeiterentlassungen im Gefolge gehabt hat. Der Antrag der Luxussteuer, der übrigens um ein Drittel hinter dem Vorschlag geblieben ist, bedarf in seiner Weise dieser Befestigung der Qualitätsarbeit mit einer derartig produktionsfördernden Steuer.

Es kommt hinzu, daß die jetzt beschlossene Regelung lediglich Beunruhigung in der Industrie gebracht und langwierige und zerräubernde Verhandlungen notwendig sein werden, um das Reichsfinanzministerium, das sich in der Luxussteuerfrage bisher immer nur von rein fiskalischen Gesichtspunkten unter Ueberhebung der wirtschaftlichen Belange hat lassen lassen, zu veranlassen, die Luxussteuer wesentlich herabzusetzen oder ganz fallen zu lassen.

Es steht zu hoffen, daß in der zweiten Lesung des Steueraususses eine Uebernahme des Beschlusses im Sinne der Wünsche der Wirtschaft auf Aufhebung der Luxussteuer erfolgt für die übrigen auch die Sozialdemokratie gestimmt hat. Der Verband schlesischer Industrieller hat jedenfalls an den Reichstagsausschuß ein Telegramm gerichtet und im Interesse der Befreiung der Produktion von unnötiger Belastung um völlige Beseitigung der Luxussteuer gebeten.

Der Telefondienst zwischen Deutschland und England.

Im Unterhaus fragte Kenworthy den Generalpostmeister, wann der Telefondienst zwischen Norddeutschland und dem englischen Nordostküste errichtet werden würde. Wolmer erwiderte, es werde erwartet, daß ein telephonischer Dienst zwischen Deutschland und England in etwa 12 Monaten eröffnet werden würde. Die Leitung werde durch Holland gehen. Ein Unterwörtersteller sei von der holländischen Regierung in Auftrag gegeben worden und es würden verschiedene Landlinien gelegt.

Berliner Börse vom 14. Juli.

Tendenz: freundlicher.

An der heutigen Börse lenkten wiederum einige Spezialgebiete die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Die bisherigen Hauptpekulationsmärkte, nämlich Montan- und Anleiherwerte scheinen demgegenüber weniger angetrieben zu sein in den Vordergrund zu treten. Daneben zeichneten sich Anleihenwerte durch anhaltende Festigkeit aus, wobei ausländische (schweizerische) Kaufleute eine Rolle spielen. Es verlautet auch, daß Anfang August die Verhandlungen über eine Fusion sämtlicher Anleihenwerte wieder aufgenommen werden, nachdem diese längere Zeit geruht hatten. Von der freundlichen Verfassung dieser heute im Vordergrund stehenden Märkte ging eine gewisse Anregung für die übrigen Gebiete aus, zumal die gestern fühlbar gewordene Erleichterung des Geldmarktes sich fortsetzte. Täglich wird ist im Gegensatz zu der Lage noch vor wenigen Tagen ziemlich flüssig und bedingte getrennt 8 1/2 bis 9 1/2 Prozent. Monatsgeld gleichfalls ermäßigt mit 10 bis 12 1/2 Prozent. Etwas Interesse bestand im Zusammenhang mit den ausbleibenden Reichstagsberatungen für Vorkriegsfinanzverträge, die sich befestigten, während die verbrochenen Kurse der heimischen Staatsanleihe keine Veränderungen aufwiesen.

LESSING „POSA“ 3 Pfg

Diele sind ihr nachempfunden doch keine kommt ihr gleich.

ZIGARETTENFABRIK LESSING & CO. FRANKFURT-M. GEGR. 1898